

BFB/Bund freier Bürger – „Retter der D-Mark“ oder „Rechter Rand“? - 1995-2002

Der Bund freier Bürger (BFB; zuletzt: Bund Freier Bürger – Offensive für Deutschland. Die Freiheitlichen) war eine durch Manfred Brunner initiierte deutsche Kleinpartei, die von 1994 bis 2000 existierte. Während sie sich selbst als „liberal-konservativ“ und „nationalliberal“ bezeichnete, wird sie von der Wissenschaft als rechtspopulistisch klassifiziert. Sie orientierte sich stark an Jörg Haider's FPÖ. Nach ihrer Radikalisierung wurde sie ab 1999 in Verfassungsschutzberichten aufgeführt und dem Rechts-extremismus zugeordnet.¹

07/1995 **„Einwanderung ungebremst“²** - „Bund Freier Bürger“ wieder da: Infoabend im Kurgästehaus

Murnau - Sie nennen sich freiheitlich, marktwirtschaftlich, konservativ und national. Der europäischen Wirtschafts-Union stehen sie mit Skepsis gegenüber. Am Donnerstag lud der „Bund Freier Bürger“ zu einem „Informationsabend“ ins Kurgästehaus ein.

Jürgen von Corvin, Bundes- und Landesvorstandsmitglied, betonte, er sei kein Gegner eines geeinten Europas, nur entschieden gegen die Maastricht-Verträge. Darüber hinaus sprach von Corvin von ungebremster Zuwanderung und einer „verfehlten Ausländerpolitik“, die die nationale und kulturelle Identität des deutschen Volkes gefährde: „Deutschland ist der einzige Staat, der ein juristisch einklagbares Asylrecht besitzt.“

Gegen eine „unsinnige Besteuerung des Mittelstandes“ wandte sich Kreisvorsitzender Peter-Ingo Bosse. Zu den Zielen seiner Partei sagte Bosse, sie bekenne sich zu den Werten des christlichen Abendlandes, an die Bindung von Moral und Gewissen, Geschichte und Tradition, Familie, Heimat und Vaterland. Teilweise leidenschaftlich waren die Reaktionen der Zuhörer: „Ludwig Erhard und Karl Schiller hätten Maastricht nie unterschrieben“, so nur eine von mehreren Meinungen.

Zeiten eine gewisse Rolle gespielt hat. Und mit der Deutschen Sozialen Union (DSU), die ursprünglich als eine Art Ost-CSU aufgebaut werden sollte. Letztere konnte sich folge erzielen konnte und damals sogar drittstärkste Kraft im Landkreis wurde. Nach internen Streitigkeiten verließ der Gründer der wertkonservativen Partei, der FDP gelandet.

Für den BFB bedeutete dieser Ausstieg den Anfang vom Ende als eigenständige Partei. Jetzt haben sich drei Miniparteien bei Fulda in jeden politischen Extremismus beziehungsweise Radikalismus ablehnten. Es gelte aber, die Interessen Deutschlands „ehrllicher und deutlicher als seither zu formulieren“ - jüngst seine Führungsriege mit Gerhard Anzenberger, Barbara Lein und Michael-Georg Bader an der Spitze weitgehend in ihren Ämtern bestätigt.

¹ https://de.wikipedia.org/wiki/Bund_freier_B%C3%BCrger

² GPT 08.07.1995 her

11/1996 **Auf der Tastatur der Angst**³ - Manfred Brunners „Bund Freier Bürger“ pflegt Saubermann-Image

GAP - Keine Diskussion, keine Fragen - nach 70 Minuten war die als Protestkundgebung zur Rettung der D-Mark angekündigte Mitgliederwerbung für den „Bund Freier Bürger“ als Monolog der beiden Parteivorsitzenden zu Ende gegangen. Chef Manfred Brunner und sein Vize Peter-Ingo Bosse stilisierten ihre Gruppierung gestern am Vormittag vor rund 120 Zuhörern im „Wintergarten“ des Eisstadions als die einzige Partei, die die deutschen Interessen wahre. Das Saubermann-Image wurde mit viel Beifall belohnt.

Es ist die Klaviatur der Angst, auf der Brunner/Bosse gestern gespielt haben. Verlust des Ersparten, Überfremdung (Bosse sprach von „ungebremstem Zustrom“, Ghettos, weiterer Zersiedelung), leere Rentenkassen (50 Milliarden Mark jährlich an „Ausländer“), Vormarsch des Organisierten Verbrechens - das waren die Stichworte, für die es Beifall gab.

Brunner und sein Vize beherrschen aber noch eine zweite Tastatur: Nationale Stärke, neues Selbstbewusstsein („Deutsche Geschichte ist nicht nur zwischen 1933 und 45“). Wo diese Werte nicht hochgehalten werden, sind Unfähigkeit, ja sogar Verrat am Vaterland, am Volk am Werk. Den Bundespräsidenten forderte der frühere bayerische FDP-Vorsitzende Brunner unverhohlen zum Rücktritt auf, weil dieser gesagt habe, man müsse die Nationalstaaten überwinden. Er unterstellte, Herzog halte an seinem Amt nur wegen der Bezüge fest.

Die demokratischen Parteien in Bonn sind der Gegner mit den Lieblingsfeinden Bundeskanzler Helmut Kohl und CSU-Chef Theo Waigel.

Dabei berief sich Brunner stets auf unverdächtige Kronzeugen: Helmut Schmidt, Konrad Adenauer, Charles de Gaulle, Hans Arnold (deutscher Uno- Botschafter), ja sogar der russische Schriftsteller Dostojewski wird zur Rettung der D-Mark bemüht (Zitat: „Geld ist ein Stück geprägte Freiheit“).

Geld spielt aber auch bei der Brunner-Partei eine Rolle. So behauptete Bosse wahrheitswidrig, „wir hängen nicht an den Bonner Steuertöpfen“. Tatsächlich hat auch der Bund Freier Bürger insbesondere bei der Europa-Wahl Wahlkampfkostenerstattung aus Steuergeldern erhalten.

Die Europamüdigkeit soll in mehr Mitgliedern beim Bund Freier Bürger münden. Finden sich mehr als sieben Getreue zusammen - derzeit sind es fünf im Landkreis - soll ein eigener Kreisverband des BFB gegründet werden.

05/1996 **„Bund Freier Bürger“: Michaela Geiger besonders in der Kritik**⁴

³ GPT 11.11.1996 sto

GAP - Manfred Brunner, Bundesvorsitzender des „Bundes Freier Bürger“, hat gestern in Garmisch-Partenkirchen auf der Maikundgebung seiner Partei schweres Geschütz gegen die CSU und insbesondere Bundestagsvizepräsidentin Michaela Geiger (CSU) aufgeföhren. „Frau Geiger und Konsorten“ hätten die „Verächtlichmachung der Bundeswehr“ geduldet. Konkret hielt Brunner der CSU-Politikerin vor, sie habe noch als Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesverteidigungsministerium die Umbenennung der Kübler-Kaserne in Mitlenwald mitgetragen. Brunner würde Kühler am liebsten ein Denkmal setzen.

Dass Frau Geiger eine Zielscheibe abgeben musste, hat mit dem Kandidaten Brunner zu tun. Der frühere FDP-Landespolitiker und EU-Kabinettschef bewirbt sich im September um das Bundestagsmandat von Frau Geiger. „Amtsgenießer und Dienstwageninhaber“, sagte Brunner auf Michaela Geiger gemünzt, „können wir nicht brauchen“. Beim Euro sei Frau Geiger durch „peinliches Nichtreden“ aufgefallen.

Vor den rund 400 Parteimitgliedern und Interessierten im Festsaal Werdenfels ging Brunner die CSU-Politikerin auch persönlich an. Frau Geiger habe mit der Umbenennung der Kübler-Kaserne ihren „eigenen Vater verraten“, der Ritterkreuzträger war. Die anwesenden Bundeswehrangehörigen und eine Reservistenkameradschaft quittierten dies mit viel Beifall. Überhaupt trafen die Beiträge Brunners und seines Vorredners, des hessischen Landesvorsitzenden Dr. Heiner Kappel, die Stimmung im Saal. Immer wieder brandete Applaus auf. Am Ende wurden beide Redner mit stehenden Ovationen belohnt. Für den Ton sorgten die Grainauer Musikanten, am Ende mit Bayern- und Nationalhymne.

Als einen „Umfaller“ bezeichnete Brunner Edmund Stoiber. Bei der „Deutschtschechischen Erklärung“ habe es Stoiber zugelassen, dass eine Geschichtslüge in einen völkerrechtlichen Vertrag aufgenommen werde. Beim Euro, beim Amsterdamer und beim Maastrichter Vertrag sei er umgefallen.

Brunner und Kappel betonten wiederholt, „wir brauchen eine Europa- und Außenpolitik, die sich am nationalen Interesse orientiert“. Die Einführung des Euro sei ein Vorgang, für den es noch gar keinen Begriff. Gutes Geld werde gegen schlechtes getauscht. Bei einer Währungsreform werde aus schlechtem Geld gutes. Ohne es beweisen zu können, sagte Brunner, habe er das Gefühl, so manche Staaten wollten offenbar über den Euro von ihrer Staatsverschuldung loskommen. Innerhalb von fünf Jahren werde der Euro kaputtgehen, prophezeite er, noch mehr Arbeitsplätze würden ausgelagert.

Noch stärker als Brunner legte Kappel, der bis vor kurzem noch bei der FDP war, die Schwerpunkte auf die allgemeine Altparteienschelte, auf die Ausländer-, die Schulpolitik. Die Vertreter der Etablierten hätten nachzufragen, was „das Volk denkt und will“. Alle Staatsgewalt habe vom Volke auszugehen, tatsächlich aber entschieden die Parteien. Nicht links, nicht rechts sei der Bund Freier Bürger, sondern „aufrecht“. Kappel sprach sich für eine

„geistigmoralische Wende“ aus (in Anlehnung an Kohl 1982) zu sagen, was wir meinen, „ob es den anderen passt oder nicht“.

Beim Thema Nationalsozialismus betonte Kappel, es dürfe „in keiner Weise relativiert“ werden. Aber es habe nicht nur Unmenschen, sondern viele Menschen gegeben. Nie dürften Auschwitz, Treblinka oder Theresienstadt vergessen werden. Aber es müsste alles an Unmenschlichkeiten in der Welt angesprochen werden, damit es keine Wiederholung gebe. Kappel nannte Hiroshima, Nagasaki, Vietnam, die Bombardierung deutscher Städte und die Vertreibung aus den Ostgebieten.

Zweimal bekam auch das Tagblatt Schelte ab, weil es die Brunner-Partei als „sogenannten Bund Freier Bürger“ bezeichnet und es gewagt hatte, die Grainauer Musikanten zu fragen, ob sie keine Probleme in einem Auftritt beim Bund Freier Bürger sähen. In diesem Zusammenhang gab Brunner bekannt, dass der frühere Chefredakteur des Münchner Merkur, Werner Giers, den BFB in Medienfragen berate.

11/1997 **Die Anti-Euro-Partei fasst Fuß im Landkreis - Kreisverband von Brunners „Bund Freier Bürger“ gegründet⁵**

Garmisch-Partenkirchen (sto) - Die Parteienlandschaft im Landkreis Garmisch-Partenkirchen ist um einen Farbtupfer reicher: Der „Bund Freier Bürger, die Freiheitlichen“ hat einen Kreisverband gegründet. Erster Kreisvorsitzender der Brunner-Partei ist der Garmisch-Partenkirchner Gerhard Anzenberger. Derzeit freilich steht die politische Gruppierung noch sehr am Anfang. Im Landkreis zählt sie gerade einmal zehn Mitglieder.

Bisher war der „Bund Freier Bürger“ im Oberland, dem Kritiker vorwerfen, er sei ähnlich den Republikanern rechtsradikal, in einem gemeinsamen Kreisverband der drei Landkreise Garmisch-Partenkirchen, Weilheim-Schongau und Landsberg am Lech organisiert. Peter-Ingo Bosse stand diesem Gebilde vor. Insgesamt zählt dieser Kreisverband 42 Mitglieder.

Jetzt also der eigene Kreisverband aus den Mitgliedern, die im Landkreis wohnen. Aus der Taufe gehoben wurde die junge Partei im Hausberg-Tennisüberl. Mit von der Partie war auch der Landesvorsitzende Franz Bader. Als Grund für die Gründung gab Anzenberger im Gespräch mit dem Tagblatt an, dass die Organisationsstruktur verbessert werden soll.

Schließlich hat sich die Partei hohe Ziele gesetzt: Sowohl bei den Bezirkstags- als auch den Landtags- und Bundestagswahlen will der BFB eigenen Kandidaten aufstellen. Diese sollen im Januar nominiert werden. Auch bei Kommunalwahlen will der BFB antreten. Konkrete lokale Ziele nannte der Kreisvorsitzende hingegen nicht. Sein Stellvertreter Michael-Georg Bader aus Grainau sagte, der BFB sei „im Zweifel für die „Umwelt“, wenn wirtschaftliche Interessen einzelner dem entgegenstehen. Mit diesem Beispiel versuchte Bader zu verdeut-

⁵ GPT 21.11.1997

lichen, dass der BFB keine rechte Partei sei. Freilich betonten beide, dass sich der BFB in erster Linie gegen einen weichen Euro wende. Die Maastricht-Kriterien müssten erfüllt werden.

Der BFB trifft sich jeden ersten Dienstag im Monat um 20 Uhr im Kurparkcafé Adlwärth.

Kommentar

Für was steht dieser „Bund Freier Bürger“ eigentlich? Wertkonservativ, demokratisch, freiheitlich, familienorientiert, markt-wirtschaftlich beschreibt er sich selbst. Aber was heißt das konkret? Wenig. Der BFB ist derzeit vor allem eines: eine Protestpartei gegen den Euro. Anti-Euro-Guru Manfred Brunner, früherer FDP-Vorsitzender in Bayern, versucht mit den Ängsten der Leute vor einem Geldwertverfall zu punkten. Und so wird die Partei mehr und mehr das, was die Republikaner waren: ein neues Sammelbecken von Leuten, die der CSU am rechten Rand wegbrechen. Bleibt die spannende Frage, ob es die CSU, wie bei den Rep gelungen, erneut schafft, durch die Übernahme der Positionen die neue Partei wieder auf Zwergengröße zu bringen. Ministerpräsident Stoiber hat das Thema Euro ja schon zur Chefsache gemacht. Johann Stoll

08/1998 **Partei setzt auf Bauern, Polizisten und Soldaten**⁶ - Bund Freier Bürger will sich in Gemeinden vorstellen

GAP - Bei der Bundestagswahl am 27. September mischt auch eine Partei mit, die sich in den zurückliegenden Jahren vor allem einen Namen als Anti-Euro-Partei gemacht: Der Bund Freier Bürger. Der Vorsitzende selbst, Manfred Brunner, tritt im Oberland gegen Bundestags Vizepräsidentin Michaela Geiger (CSU) an. Auch die Gründung eines eigenen Kreisverbandes im vergangenen Jahr mit dem Kreisvorsitzenden **Gerhard Anzenberger** (übrigens Landtagskandidat der Partei) ist ein Anzeichen dafür, dass sich Brunner gerade auch im Landkreis Garmisch-Partenkirchen Zulauf erwartet. Nicht von ungefähr fand auch die zentrale Kundgebung des Bundes Freier Bürger am Tag der Arbeit im Kongresshaus statt.

Im Hintergrundgespräch mit dem Tagblatt kündigte Brunner jüngst an, dass er alle Gemeinden im Landkreis bis zur Wahl besuchen werde. Mal soll es ein Nachmittagscafé sein, mal ein politischer Frühschoppen, mal eine Abendveranstaltung. Und auch Garmisch und Partenkirchen, die beiden „verschiedenen Kulturkreise“, will Brunner separat beehren.

Dabei setzt der frühere FDP-Landesvorsitzende Bayerns und jetzige Stadtrat von München offenbar auf jene bisherigen CSU-Wähler, die der großen Volkspartei den Rücken kehren wollen. „Sympathiekreise“ um

den früheren Ministerpräsidenten Max Streibl hat Brunner ausgemacht, die „uns wählen wollen“. Dabei bescheinigte Brunner dem bayerischen Ministerpräsidenten Edmund Stoiber ein

⁶ GPT 06.08.1998 sto

Problembewusstsein. Die „Lösungskompetenz“ spricht er ihm freilich ab. Als Beispiel nennt Brunner die Deutsch-tschechische Erklärung. Da sei Stoiber umgefallen.

Auf die Bauern setzt der BfB, auf die Soldaten und Polizisten. Stichwort Bundeswehr: Die sei zum Steinbruch des Bundesfinanzministeriums geworden. Sagt Brunner. Auch er sei für Krisenreaktionskräfte, nicht aber auf Kosten der Landesverteidigung. Stichwort Wehrmacht: Vor 20 Jahren, sagt Brunner, seien die Generäle Kübler und Dietl noch würdig gewesen, dass man nach ihnen Kasernen benennt. Neue Erkenntnisse habe es nicht gegeben, und dennoch seien die Kasernen umbenannt worden. „Das ist blanker Opportunismus“, ein Vorwurf, den Brunner auch Michaela Geiger macht. Sie sei der „Prototyp des Mitläufers“. Diese Kasernen „müssen rückbenannt werden“, fordert Manfred Brunner.

Den Bauern schreibt Brunner ins Stammbuch, dass die Agenda 2000 das Ende des bäuerlichen Familienbetriebes bedeute. Die EU sollte zurück zu den Römischen Verträgen finden. Weitere Umverteilungen soll es nicht geben.

12/1998 Wegen Annäherung an Rechtsextremisten - **Manfred Brunner verlässt seine eigene Partei**⁷ - Das bayerische Innenministerium sieht keinen Anlass zur Beobachtung des „Bundes freier Bürger“

Von Hans Holzhaider München - Dem Münchner Rechtsanwalt und Stadtrat Manfred Brunner, Gründer und Vorsitzender des „Bundes Freier Bürger“ (BfB), wird es in seiner eigenen Partei ungemütlich. Der in Berlin erscheinenden Tageszeitung Die Welt sagte Brunner, er werde auf dem Parteitag des BfB Ende Februar von seinem Amt als Vorsitzender zurücktreten und die Partei verlassen. Als Grund nannte Brunner Strömungen im BfB, die nicht mehr seinen Vorstellungen von einer „bürgerlichen Protestpartei“ entsprächen. Nach Darstellung Brunners gebe es im „Bund freier Bürger“ Überlegungen, mit den rechtsextremen Parteien der Republikaner und der DVU Wahlabsprachen zu treffen.

Erkenntnisse darüber, dass der BfB ins rechtsextreme Lager abdriftet, hat auch das Innenministerium in Nordrhein- Westfalen. In einem Brief an die Verfassungsschutzämter der Länder regte der nordrhein-westfälische Verfassungsschutz vor kurzem an, den BfB als „verfassungsfeindlich“ einzustufen und unter Beobachtung zu stellen. Im Bayerischen Innenministerium, sonst mit der Beobachtung von extremismusverdächtigen Gruppierungen durchaus nicht zögerlich, stößt dieses Ansinnen auf wenig Gegenliebe.

Es gebe bisher keine ausreichenden Anhaltspunkte, die eine Beobachtung des BfB rechtfertigen würden, sagte Ministeriumssprecher Michael Ziegler zur SZ. Wenn Brunner den BfB wegen rechtsextremer Umtriebe verlassen wolle, „dann ehrt das den Herrn Brunner“; der Verfassungsschutz sei jedoch „an klare gesetzliche Vorgaben und objektive Kriterien gebun-

⁷ SZ 12.12.1998 Hans Holzhaider

den“. Eine „Beobachtung auf Verdacht“ würde, so Ziegler, einer gerichtlichen Überprüfung nicht standhalten.

Manfred Brunner war von April 1983 bis Ende 1988 Landesvorsitzender der bayerischen FDP und ging dann als Kabinettschef von EU-Kommissar Martin Bangemann nach Brüssel. Nach einer Intervention von Bundeskanzler Helmut Kohl wurde Brunner von Bangemann wegen „unüberbrückbarer Differenzen“ über die Maastricht-Verträge entlassen. Brunner ist ein entschiedener Gegner der europäischen Einheitswährung und trug sich zunächst mit dem Gedanken, eine „DM-Partei“ zu gründen. Politisch lag er damit auf der Linie des Münchner CSU-Chefs Peter Gauweiler; auch den FPÖ-Vorsitzenden Jörg Haider zählt er zu seinen politischen Freunden. Sowohl CSU-Chef Theo Waigel wie auch der bayerische Ministerpräsident Edmund Stoiber versuchten vorübergehend, Brunner für die CSU zu gewinnen. Brunner gründete stattdessen im Januar 1994 mit etwa hundert Mitstreitern den „Bund freier Bürger“, der nach seinen Worten eine freiheitliche, marktwirtschaftliche, konservative und nationale Partei sein sollte.

Die erhofften politischen Erfolge blieben jedoch aus. Lediglich im bayerischen Oberland kam der Bund Freier Bürger bei der Landtagswahl 1994 auf Ergebnisse bis zu drei Prozent. Im Münchner Stadtrat ist der BfB mit zwei Mandaten vertreten, eines hält Brunner selbst. Sein bestes landesweites Ergebnis erzielte der „Bund Freier Bürger“ Partei mit 1,1 Prozent bei der Europawahl 1994. Bei der Landtagswahl 1998 stagnierte der BfB bei einem Stimmenanteil von 0,4 Prozent.

01/1999 Brunners Wechselspiele sorgen für Aufregung - **BFB steht auch im Landkreis vor einer Zerreißprobe**⁸

Landkreis - „Zurück zu den Wurzeln“ heißt es möglicherweise in absehbarer Zeit für Manfred Brunner. Der Gründer und Vorsitzende des Bund Freier Bürger (BFB) erwägt nämlich eine Rückkehr zu seiner ehemaligen Partei FDP. Einer, der sich darüber alles als andere als zufrieden zeigt, ist Garmisch-Partenkirchens BFB-Kreisvorsitzender Gerhard Anzenberger. „Ich wäre enttäuscht, wenn er sich zu diesem Schritt entschließen würde.“ Trotz allem könne er Brunners eventuellen Parteiaustritt sogar teilweise nachvollziehen. „Nach dem schlechten Abschneiden bei den Wahlen ist im BFB ein Machtkampf entbrannt.“ Eine „gewisse Strömung“ innerhalb der Partei, so Anzenberger, verfolge im Gegensatz zu Brunner einen Fusionskurs mit nahestehenden Gruppierungen, beispielsweise der Bayernpartei oder der Deutschen Partei. „Aber da macht Brunner nicht mit.“

⁸ GPT 12.01.1999 cs

Eine endgültige Entscheidung über das politische Schicksal des ehemaligen EU-Kommissars fällt auf dem Bundesparteitag am 28. Februar, der voraussichtlich in der Nähe von Frankfurt abgehalten werden soll.

Falls Brunner dort tatsächlich seinen Rücktritt erklären sollte, wird das wohl auch Auswirkungen für Anzenberger - einen seiner größten Fürsprecher - haben. „Ich würde dann die Konsequenzen ziehen.“ Die Auflösung des 22 Mitglieder umfassenden Kreisverbands beziehungsweise seinen eigenen Austritt schloss er in diesem Zusammenhang nicht mehr aus. „Ich habe mehrere Angebote anderer Parteien.“ Der selbsternannte „CSU-Freund“ steht allerdings nicht vor einem Wechsel zur FDP: „Diese Liberalität geht mir oft etwas zu weit“, moniert der gescheiterte Landtagskandidat.

Der FDP-Kreisvorsitzende Jörg Setzpfand jedenfalls nimmt's mit Gelassenheit: „Der BFB ist mittlerweile ein Sammelbecken rechtsnationaler Kräfte geworden.“ In der neuformierten bayerischen FDP sei für derlei Populisten jedenfalls kein Platz.

Ex-Chef des Bundes Freier Bürger jetzt FDP-Mitglied

02/1999 **Der BFB am Scheideweg⁹** - Partei verliert ihren Bundesvorsitzenden Brunner
GAP - Der Bund Freier Bürger (BFB) steht vor einem dramatischen Umbruch. Die Partei verliert ihren Gründervater und Bundesvorsitzenden. Ende Februar kehrt Manfred Brunner, der bei der Bundestagswahl 1998 noch als Direktkandidat in den Landkreisen Garmisch-Partenkirchen, Weilheim-Schongau und Landsberg/Lech (Wahlkreis 212) angetreten war, seiner von ihm selbst ins Leben gerufenen deutschnationalen Sammelbewegung den Rücken.

Brunner sieht den BFB offenbar zu sehr nach rechts abdriften.

Der Kreisverband des BFB mit seinen 22 Mitgliedern, der erst im November 1997 gegründet worden war, verliert mit Brunner die Leitfigur. Kreisvorsitzender Gerhard Anzenberger bedauert die Entwicklung nachdrücklich. Nach wie vor pflegt er engen Kontakt zu Manfred Brunner, den Anzenberger als „aufrechten Menschen“ beschreibt, mit dem man „sehr gut hat zusammenarbeiten können“. Ob er selbst nun auch sein BFB-Parteibuch abgibt, will Anzenberger vom Verlauf des Bundesparteitages abhängig machen, der wohl im März in der Nähe von Frankfurt am Main stattfinden wird. Der ursprüngliche Termin Ende Februar war verschoben worden.

Wie die politische Zukunft Brunners aussieht, scheint noch offen. Die bayerische FDP hat laut Medienberichten abgelehnt, Brunner wieder aufzunehmen. Der Bundesvorsitzende der Liberalen, Gerhardt, soll hingegen den Kontakt gesucht haben. Auch der CSU wird Interesse an Brunner nachgesagt. Möglicherweise, das ließ Brunner in der „Süddeutschen Zeitung“ anklingen, gründet er eine neue Partei.

⁹ GPT 09.02.1999 sto

03/1999 Dittmannsdorf (AP) - Der Ex-Chef des konservativen Bundes Freier Bürger (BFB), **Manfred Brunner, ist in den sächsischen Landesverband der FDP eingetreten.** Auch 15 weitere frühere BFB-Mitglieder traten der FDP bei. Sie stammen alle aus Sachsen, darunter auch der frühere BFB-Landeschef, Dieter Tanneberger. Er erklärte, weitere 65 frühere BFB-Mitglieder würden zur FDP wechseln.

03/2000 Drei Kleine schließen sich zusammen - **Rechte Parteien formieren sich neu - Bund Freier Bürger zusammen mit DSU und DP¹⁰**

GAP - Die Rechte übt den Schulterchluss: Der Bund Freier Bürger (BFB), seit Herbst 1997 mit eigenem Kreisverband im Landkreis, schließt sich mit zwei weiteren Parteien zusammen, um die es in den vergangenen Jahren sehr still geworden war: Mit der Deutschen Partei (DP), die zu Adenauers Zeiten eine gewisse Rolle gespielt hat. Und mit der Deutschen Sozialen Union (DSU), die ursprünglich als eine Art Ost-CSU aufgebaut werden sollte. Letztere konnte sich aber in den neuen Ländern nicht durchsetzen - unter anderem auch, weil prominente Vertreter als Stasi-Spitzel überführt wurden.

Vor gut einem Jahr begann der Erosionsprozess des Bundes Freier Bürger, der im Landkreis insbesondere bei der Europa-Wahl 1994 mit 7,44 Prozent beachtliche Erfolge erzielen konnte und damals sogar drittstärkste Kraft im Landkreis wurde. Nach internen Streitereien verließ der Gründer der wertkonservativen Partei, Manfred Brunner, die Partei. Für die Mitglieder in Garmisch-Partenkirchen - allen voran der Kreisvorsitzende Gerhard Anzenberger - war dies ein schwer verdaulicher Schock. Brunner genoß hohes Ansehen auf der Basis mit seinem Anti-Euro-Kurs. Mittlerweile ist der frühere Europa-Beamte wieder bei der FDP gelandet.

Für den BFB bedeutete dieser Ausstieg den Anfang vom Ende als eigenständige Partei. Jetzt haben sich drei Miniparteien bei Fulda in Hessen zusammengeschlossen, wobei der genaue Name dieser Sammlungsbewegung noch nicht feststeht. Alle drei wollen aber in ihrem Namen den Zusatz „Die Deutsche Partei“ führen. Bei der Gründung versicherten sie, dass sie sich einer demokratisch-freiheitlichen Politik verpflichtet fühlen und jeden politischen Extremismus beziehungsweise Radikalismus ablehnten. Es gelte aber, die Interessen Deutschlands „ehrlicher und deutlicher als seither zu famulieren und durchzusetzen“, wie einer Mitteilung an die Presse zu entnehmen ist.

Hintergrund der rechten Allianz ist das Ziel, in möglichst naher Zeit den Sprung über die Fünf-Prozent-Hürde zu schaffen und Einzug in die Parlamente zu halten.

¹⁰ GPT 09.03.2000 sto

Im Landkreis hat der Bund Freier Bürger übrigens jüngst seine Führungsriege mit Gerhard Anzenberger, Barbara Lein und Michael-Georg Bader an der Spitze weitgehend in ihren Ämtern bestätigt.

10/2002 Der freie Bürger und sein Edelmann - **Der frühere FDP-Politiker und Gründer des Bundes Freier Bürger wegen Steuerhinterziehung zu einem Jahr Haft auf Bewährung verurteilt**¹¹

München - Er kämpfte mit aller Macht gegen den Euro und ließ sich diesen Feldzug mit der guten Deutschen Mark entlohnen: Manfred Brunner, Gründer und Chef des rechtsgerichteten Bundes Freier Bürger (BFB), kassierte nach Informationen der SZ von 1992 bis 1998 etwa 8,5 Millionen Mark (4,3 Millionen Euro) in bar von dem Milliardär August von Finck, ohne dieses Geld im Rechenschaftsbericht der Partei als Spende anzugeben. Einen Teil gab Brunner privat aus, das meiste aber reichte er als eigenes Darlehen an den BFB weiter. Die Staatsanwaltschaft München I ermittelte gegen ihn zunächst wegen des Vorwurfs der Untreue, stellte das Verfahren aber am 28. Mai 2001 ein. Im August dieses Jahres wurde Brunner dann per Strafbefehl wegen Steuerhinterziehung zu einem Jahr Haft auf Bewährung und zur Zahlung von 6000 Euro verurteilt.

Der heute 55 Jahre alte Rechtsanwalt Brunner hatte in der FDP Karriere gemacht. Von 1972 bis 1987 stand der angesehene, als pfiffig geltende Politiker an der Spitze der FDP-Fraktion im Münchner Stadtrat und übernahm 1983 den FDP-Landesvorsitz in Bayern. 1989 wechselte er als Kabinettschef des EG-Kommissars Martin Bangemann, eines Parteifreundes, nach Brüssel. Als er dort offen Front gegen die Währungsunion machte, wurde er 1992 auf Drängen von Bundeskanzler Helmut Kohl entlassen. Politisch war er damit aber nicht aus dem Geschäft. Die CSU liebäugelte dann, ihn als Geschäftsführer des Münchner Flughafens fortzuloben, weil sie befürchtete, er könnte ihr mit seinem Anti-Euro-Kurs gefährlich werden. Brunner setzte seinen Feldzug gegen den Euro fort und reichte Verfassungsbeschwerde gegen den Maastricht-Vertrag ein. Die Klage scheiterte zwar, hatte aber zur Folge, dass das Bundesverfassungsgericht gewisse Standards der Währungsunion festschrieb. Danach hob Brunner seine Stiftung „Demokratie und Marktwirtschaft“ aus der Taufe, in deren Stiftungsrat auch der CSU-Politiker Peter Gauweiler saß, und gründete am 23. Januar 1994 den Bund Freier Bürger.

Was niemand wusste: Schon damals bezog Brunner Geld von dem heute 72 Jahre alten Milliardär August von Finck. Der Sohn und Erbe des Bankiers August von Finck (Merck, Finck & Co.), der in der Schweiz und in der Nähe von München lebt, wollte den Anti-Euro-Kampf unterstützen. Mit Fincks Geld zahlte Brunner einen Teil der Karlsruher Gerichtskosten

¹¹ SZ 10.10.2002 Berthold Neff

und des Stiftungskapitals. Als Brunner an der BFB-Spitze noch aggressiver gegen die europäische Währung agitierte, floss mehr Geld. Der Baron Finck, den sein Bankiers-Kollege Ferdinand Graf von Galen politisch klar verortete („Rechts vom Gustl steht bloß noch der Dschingis-Khan“), wollte dabei im Hintergrund bleiben. Deshalb hob sein Vertrauter Knut Stahl das Geld in bar von Fincks Privatkonto ab und händigte es Brunner aus, ohne dafür Spendenquittungen zu verlangen - mindestens 100.000 Mark, manchmal auch gleich eine ganze Million.

Die Staatsanwälte kamen Brunner nach einer Betriebsprüfung in seiner Kanzlei auf die Spur. Er hatte 1994 insgesamt 2 664 930 Mark kassiert und dies als „Honorar“ von 1 810 960 Mark sowie als „Darlehen“ von 853 970 Mark verbucht. Fragen nach der Herkunft des Geldes parierte er mit dem Argument, das sei Anwaltsgeheimnis. Als ihn das Finanzamt dann mit neuen Steuerbescheiden bedrängte, rückte Brunner scheinbar mit der Wahrheit heraus: Das Geld stamme von August von Finck, den er anwaltlich beraten habe. 1994, so Brunner, habe er von Finck 3,3 Millionen Mark erhalten. Im Jahr darauf habe Finck ihm ein Honorar von 435 000 Mark und ein privates Darlehen von 300 000 Mark gewährt. Brunner räumte ein, davon 267 990,83 Mark privat (Schuldentilgung, Finanzierung von Lebensversicherungen) verwendet zu haben.

Bei seiner Vernehmung durch die Staatsanwaltschaft, die seine Wohn- und Kanzleiräume am 21. Dezember 2000 durchsuchte, sagte er dann, Baron Finck habe ihn zu einer festen Größe im politischen System Deutschlands machen wollen. Das Geld habe er nicht als Parteispende, sondern zur freien Verfügung erhalten, da dem Bankier zufolge nur ein finanziell unabhängiger Mensch politisch etwas bewegen könne.

August von Finck hingegen erklärte, als ihn die Staatsanwaltschaft am 7. Mai 2001 als Zeugen vernahm, er habe darauf vertraut, dass Brunner das Geld für parteipolitische Zwecke verwenden würde. Gerd Amtstätter, früher Stoibers Protokollchef in der Staatskanzlei und nun Generalbevollmächtigter der Finck'schen Hauptverwaltung in München, hatte bereits mit Schreiben vom 30. Juni 2000 an die Finanzbehörden betont, dass dieses Geld nur für die Partei gedacht war. Brunners Argumentation mit irgendwelchen Honoraren und Darlehen verwies er ins Reich der Fabel. Nach Prüfung der Konten stellte die Staatsanwaltschaft fest, dass Brunner allein zwischen 1994 und 1998 exakt 5 720 5516,60 Mark auf seine privaten und geschäftlichen Konten eingezahlt habe, bevor er das meiste an die Partei weiterreichte. Es war den Strafverfolgern aber klar, dass Brunner damals „keinerlei nachweisbare sonstige Einkünfte erzielte“.

Dennoch sah man sich außerstande, einen „unmittelbaren Zusammenhang“ zum Finck-Geld nachzuweisen. Obwohl Brunner das Geld auch privat verwendete, stellte die Staatsanwaltschaft München I das Ermittlungsverfahren ein. Sie folgte seiner Argumentation und mochte nicht ausschließen, dass Brunner „subjektiv“ den Eindruck hatte, die Millionen seien „Zuwen-

dungen an seine Person für seine parteipolitische Arbeit“, die er auch privat verwenden dürfe.

Brunner sagte der SZ auf Nachfrage, er habe das Geld als eigenes zinsloses Darlehen an die Partei weitergereicht, „weil's mein Geld war, ich habe es nicht für den BFB bekommen“. Brunner fühlte sich also im Recht, die Millionen des Milliardärs zu seinen eigenen zu machen. Bereits zum 1. Januar 1996 ließ er sich in der BFB-Kontenliste mit einem Darlehen von 1,13 Millionen Mark führen. Wenig später hielt er „treuhänderisch“ weitere 642 500 Mark. Die „Mandantengelder“ machte er relativ problemlos zu seinen eigenen. Am 31. Dezember 1998 erklärte er: „Das Darlehen RA Brunner treuhänderisch in Höhe von 785 500,00 habe ich mit dem heutigen Tag persönlich übernommen.“

Brunner hob immer wieder Teile seiner Darlehen ab, bis dem BFB erneut das Geld ausging und Brunner („Ich hatte ja kein Vermögen“) wieder privat Geld bei Banken aufnehmen musste, damit der BFB-Betrieb weiterlief. Brunner trieb auch in seinem Münchner Freundeskreis noch Millionen auf, die der BFB letzten Endes Großteils schuldig blieb. Brunner verließ die BFB-Spitze am 7. März 1999. Wenig später, am 15. März 1999, hielt er nochmals fest, er habe dem BFB ein Darlehen über 2 506 630,86 Mark gewährt, das „zur Rückzahlung an mich offen ist“.

Dem BFB war der Einstieg in die staatliche Parteienfinanzierung durch ein Ergebnis von 1,1 Prozent der Stimmen bei der Europawahl am 12. Juni 1994 gelungen. Im selben Jahr, bei der Landtagswahl in Bayern, kam der BFB auf 0,5 Prozent. Bei der Bundestagswahl 1998 erreichte er 0,2 Prozent, zur Europawahl 1999 trat er nicht mehr an.

„Da ist alles korrekt“

Brunner hatte, wie sein Duzfreund und Helfer Jörg Haider, auf einen Kurs zwischen gutbürgerlich und rechtslastig gesetzt, wobei in den gut besuchten Versammlungen auch völkische und sogar antisemitische Töne laut wurden. Brunners Nachfolger als BFB-Chef, der frühere hessische FDP-Landtagsabgeordnete Heiner Kappel, löste die Partei zum 31. Dezember 2000 auf. Bis dahin hatte die Partei knapp fünf Millionen Mark (2,55 Millionen Euro) aus der staatlichen Parteienfinanzierung erhalten. Angesichts der neuen Erkenntnisse wurde in dieser Zeit massiv gegen die Vorschriften des Parteiengesetzes verstoßen. Brunner, der 1996 für den BFB in den Münchner Stadtrat eingezogen war, blieb dort noch bis Mai 2002, zuletzt als Parteifreier.

Davon ausgehend, dass Brunner keine Parteispenden erhalten habe, sondern geschenktes Geld, erwirkte die Staatsanwaltschaft München I einen Strafbefehl wegen Steuerhinterziehung. Brunner akzeptierte die Freiheitsstrafe von einem Jahr auf Bewährung samt der Auflage von 6000 Euro, damit nicht durch einen Prozess bekannt werden sollte, woher er seine Millionen bezogen hat.

Brunner selbst hat Fragen nach seinen Finanziers stets abgetan, auf die vielen kleinen Spender verwiesen und betont: „Wir werden wie immer einen Rechenschaftsbericht ablegen, da ist alles korrekt.“ Nun ist klar, dass nichts korrekt war. Es war auch nicht ganz richtig, was auf seinen farbigen Flugblättern stand: „Mutig, ehrlich, anders, Brunner.“